



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0286 890

P/XIII/154 - 12. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Ein Bild der Geschlossenheit Zur Tagung der SPD-Führungsgremien	82
3	Das Unbehagen an Brioni Prestigegewinn Nassers	51
4 - 5	Wahlkampf ohne Wähler? Gedanken zur politischen Meinungsbildung in unserer Zeit Von Ulrich Lohmar, MdB	68
6	USA bleiben hartnäckig Zum Bonn-Washington-Streit über Auslandswerte	49
7	(Anhang) Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 10. und 12. Juli 1958 in Bonn	48

* * * *

* * *

Ein Bild der Geschlossenheit

sp - Die dreitägigen Beratungen der SPD-Führungsgremien, die an diesem Wochenende in Bonn tagten, (Partei Vorstand, Kontrollkommission und Parteirat) waren sowohl der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation, wie auch innerorganisatorischen Fragen der Partei gewidmet. Im Rahmen der politischen Beratungen konzentrierte sich naturgemäß die Aufmerksamkeit auf das Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Die Geschlossenheit der Partei konnte nicht überzeugender zum Ausdruck gebracht werden als in der Feststellung, daß diese Wahl und ihr Ergebnis in keiner Weise zu der Frage berechtigt, ob die SPD - wie es in verschiedenen Zeitungen in der vergangenen Woche angedeutet worden war - eine Revision ihrer Politik vornehmen müsse.

Die Partei befindet sich in Nordrhein-Westfalen wie überall in der Bundesrepublik in einer stetigen Aufwärtsentwicklung, die bei der Wahl am vergangenen Sonntag ihren sichtbarsten Ausdruck in dem effektiven Anwachsen des Stimmenanteils gefunden hat. Zwar wurde das unmittelbare Wahlziel, die stärkste Partei zu werden, nicht erreicht. Aber die Tatsache, daß die SPD einen Stimmenanteil von fast 40 Prozent erzielte und damit seit der Bundestagswahl ihren Stimmenanteil um fünf Prozent verbessern konnte, läßt die berechtigte Hoffnung auf weitere Erfolge zu.

Völlige Übereinstimmung und größte Entschlossenheit ohne jeden Vorbehalt ergab sich auch bei der Forderung, den Kampf gegen die Atombewaffnung in der Bundesrepublik weiterzuführen. Nicht nur Ollenhauer, auch alle Diskussionsredner wiesen mit Recht darauf hin, daß die Gefahr des atomaren Wettrüstens größer denn je sei. Infolgedessen bestehe für die SPD die Verpflichtung, unser Volk und die Welt verstärkt davor zu warnen. Ebenfalls in der vergangenen Woche angestellte Spekulationen, die SPD würde unter Umständen auf Grund des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen eine andere Haltung einnehmen, sind daher völlig gegenstandslos. Mehrere Diskussionsredner stellten im Gegenteil sogar die Frage, ob der Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik nicht noch stärker als bisher geführt werden müsse. Diese Frage wird in einer der nächsten Sitzungen des Parteivorstandes und Parteirates erörtert werden.

Jedenfalls steht fest, daß sich die SPD durch keinerlei Einschüchterungsversuche davon abbringen lassen wird, die freiwillig übernommene Aufgabe des Warners vor einer falschen Politik der Bundesregierung auch weiterhin mit allen Konsequenzen zu erfüllen. Die SPD wird dieser ihr von der Geschichte gestellten Aufgabe treu bleiben. Sie ist im Augenblick die einzige menschenwerte Kraft, die im Bündnis mit den Wissenden in unserem Volke den Kampf gegen das drohende Unheil führt.

Auch bei den Beratungen über die organisatorischen Beschlüsse

des Stuttgarter Parteitages ergab sich - wie aus allen Diskussionsbeiträgen hervorging - ein Bild der Geschlossenheit, das alle jene Lügen straft, die von "Flügeln" in der SPD reden und schreiben. Der Parteitag in Stuttgart hat durch zahlreiche Beschlüsse die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die SPD noch effektiver als bisher in der persönlichen Repräsentanz und in der Durchsetzung ihres politischen Anliegens vor der deutschen Öffentlichkeit auftreten wird.

Die Wahl Dr. Wilhelm Högners, des mehrfachen bayerischen Ministerpräsidenten und jetzigen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, zum Vorsitzenden des neugeschaffenen Parteirats ist der Ausdruck der engen Verbundenheit der Parteispitze zu der Organisation in den Ländern. Auch die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Parteirats, des niedersächsischen Vertriebenenministers Albert Höft spricht die gleiche Sprache. Beide im öffentlichen Leben der Bundesrepublik an vorderster Stelle stehenden Männer werden für die nächsten zwei Jahre die Sitzungen des Parteirates leiten, der nach dem Willen des Stuttgarter Parteitages mitbestimmend an den Beschlüssen des Parteivorstandes beteiligt sein wird.

Die vom Präsidium des Parteivorstandes vorgeschlagene Ressortverteilung bei der Parteispitze fand die einmütige Billigung des Parteivorstandes und Parteirates. Auch hier zeigt sich - wie berichtet im offiziellen Kommuniqué über die Aufgliederung der einzelnen Arbeitsgebiete - daß die Partei in ihrer Gesamtheit ein Arbeitsinstrument geschaffen hat, das in personeller wie in sachlicher Hinsicht die Gewähr für eine konstruktive, nach außen und innen wirkungsvolle Arbeit bietet.

Die sich über drei Tage erstreckende Sitzung der Führungsgremien der SPD war die erste ihrer Art nach dem Stuttgarter Parteitag. Sie war in gewissem Sinne eine innere Bilanz der Stuttgarter Beschlüsse, aber auch - ausgelöst durch die Wahl in Nordrhein-Westfalen - eine auf die aktuelle Tagespolitik abgestimmte analytische Beratung. Erfahrungen wurden ausgetauscht, Anregungen gegeben und auf diese Weise eine programmatische Zielsetzung erarbeitet, die eindeutig und klar den Willen der deutschen Sozialdemokratie zeigt, dem Volke zu dienen und es vor einer Politik zu bewahren, die ihren einzigen Ausdruck in der Beteiligung am sinnlosen Rüstungswettlauf zwischen Ost und West findet.

+ + +

Das Unbehagen an Brioni

H.E.D. - Die Gespräche zwischen Nasser und Tito haben mit einem sehr beachtlichen Kommuniqué ihren Abschluß gefunden. Die Sprache dieses Dokuments ist mehr als deutlich, denn jeder Satz ist eine unmißverständliche Feststellung, daß die beiden Staatsmänner gewillt sind, vor den aktuellen weltpolitischen Frontstellungen nicht zu kapitulieren. Die herbe Kritik an der Außenpolitik der Sowjetunion und ihrer Satelliten ist für die Belgrader Gesprächspartner nicht weiter erstaunlich, die Zustimmung des Staatschefs Nasser aber zu dieser Linienführung des Kommuniqués ist die Überraschung der Stunde, zumal für diejenigen politischen Kreise des Westens, die in der jüngsten Vergangenheit so gerne mit dem Schlagwort vom "trojanischen Pferd" in Kairo operiert haben. Wer aber nun glaubte, London und Paris würden dieses Engagement der Vereinigten Arabischen Republik, das sicherlich nicht leichtfertig und unüberlegt eingegangen wurde, mit Befriedigung aufnehmen, muß sich getäuscht fühlen. Denn an die Stelle einer zu erwartenden Honorierung Nassers trat eine spürbare Versteifung.

Nicht bestätigte Informationen aus der britischen Hauptstadt sprechen von einem spürbaren Unbehagen der offiziellen Regierungspolitik an der Zusammenkunft in Brioni. Aus Kreisen, die dem Foreign Office nahestanden, war zu hören, daß London, weit davon entfernt, die "Reserve" Nassers gegenüber der Sowjetunion als ein wesentliches Anzeichen Kairo, seine Unabhängigkeit zu wahren, zu begrüßen, mit Besorgnis die Annäherung zwischen Jugoslawien und der Vereinigten Arabischen Republik beobachtet. Die mögliche Einreihung Kairo in die weitere Front des Westens erscheint der Regierung in London weniger wichtig als der Prestigegewinn eines Nassers, der sich der westlichen Welt als ein Mann vorstellen kann, der zwar gegen die Formen des westlichen Kolonialismus kämpft, ohne ein Befehlsempfänger Moskaus zu sein. Und just in diesem Punkt liegt die tiefe Unruhe, die die Politiker an der Themse und an der Seine ergriffen hat. Denn es hat nicht den Anschein, als würde Washington auch weiterhin die Briten und Franzosen in naheliegenden Fragen so hilfreich unterstützen, sollte es eine "moskautreie" Vereinigte Arabische Republik geben.

Den USA ist es letztlich gleich, wer am Nil, am Tigris oder Jordan die Wacht gegen den Einfluß der Sowjets übernimmt. Im Gegenteil, ein Staat, der auf die Sympathie aller arabischen Nationalisten rechnen kann, dürfte der Regierung Eisenhower lieber sein als ehemalige Kolonialmächte und ihre einheimischen "Schützlinge" vor Schläge eines Nuri-es Said. Dies alles aber wird noch überschattet durch die Teilnahme des griechischen Außenministers Aweroff an einem Teil der Gespräche. Athen hat es vermocht, sich in einem günstigen Moment in eine sich abzeichnende Neuformierung der politischen Mächte im Mittelmeer einzuschalten. Schon der Besuch des zypriotischen Bischofs Makarios in Kairo ließ London aufhorchen. Umso mehr aber ist England zur Stunde alarmiert über die Folgen einer Allianz zwischen Belgrad, Athen und Kairo, denn dies dürfte nicht nur die Unruhe auf Zypern selbst erhöhen, sondern vor allem den Wert der Türkei als "islamische Macht" erheblich vermindern. Denn wenn schon Kairo als Vormacht des Islam sich zu einem "Bündnis" mit Athen bereitfindet, was bleibt dann vor den religiösen Propagandaaktionen der Bagdad-Pakt-Mächte zugunsten der Türkei übrig? Unter all diesen Aspekten muß sich das Unbehagen Londons an Brioni verstärken.

Wahlkampf ohne Wähler?

Von Ulrich Lohmar, MdB

In den deutschen Zeitungen konnte man in den letzten Tagen mehr oder minder kluge Überlegungen lesen, warum die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen so und nicht anders ausgegangen sind. Sicher spielte dabei die mystische Figur des alten Kanzlers ebenso eine Rolle wie die gedankliche Schwerfälligkeit vieler Wähler und die ideologische Verfestigung der Parteifronten in Westdeutschland. Aber das soll uns hier nicht beschäftigen. Wenn man mit den Wahlkampfleitern der verschiedenen Parteien spricht, dann hört man überall eine Meinung, über die es keinen Streit gibt: Ein Wahlkampf im bisherigen Stil ist nicht mehr sinnvoll, er gehört der Vergangenheit an. Das kann man bedauern oder begrüßen; jedenfalls ist es eine Tatsache, nach deren Ursachen wir fragen und der wir mit neuen Methoden begegnen müssen.

Das entscheidende Kennzeichen des letzten Wahlkampfes war, daß es allen Parteien kaum gelang, mit einer nennenswerten Zahl von Wählern in persönlichen Kontakt zu kommen, die nicht ohnehin entschlossen waren, diese oder jene Partei auf jeden Fall zu wählen. Die Versammlungen wurden von den Stammwählern der Parteien und häufig nur von ihren Mitgliedern besucht, auf allen Seiten. Wie kommt das? Der Wähler unserer Tage hat es bequemer. Er setzt sich an sein Radio oder an seinen Fernsehempfänger und hört sich die Größen der Politik zu Hause an. Er fragt sich, warum er denn noch den Weg zu einem Versammlungsort einschlagen soll, wenn er es in seinen vier Wänden einfacher haben kann. Die Massenbeeinflussungsmittel, wie Presse, Funk und Fernsehen, haben die Versammlung aus dem politischen Leben mehr und mehr verdrängt. Allenfalls bei sehr bekannten Rednern verspüren die Wähler noch die Neigung, sich den prominenten Mann einmal anzusehen.

Trotzdem bleibt die alte Einsicht richtig, daß die Demokratie auf die Diskussion nicht verzichten kann, daß ein persönlicher Kontakt zwischen den Kandidaten für die Parlamente und der Bevölkerung um der Lebendigkeit unseres staatlichen Lebens willen not-

wendig ist und daß nur auf diese Weise der Starkult in der Politik durch den soliden Stil der Team-Arbeit ersetzt werden kann. Heute führt dieser Wunsch in der Praxis dazu, daß die erste Garnitur der Politiker von Versammlung zu Versammlung hetzt, reihenweise dem Herzinfarkt erliegt und auf diese Weise zu schnell verbraucht wird. Der Einsatz an Kraft, Zeit und materiellen Mitteln steht in keinem vertretbaren Verhältnis mehr zu dem so erreichbaren Maß an persönlicher Begegnung, an echter Diskussion, an Anteilnahme der Bevölkerung an dem Geschehen, das wir Wahlkampf nennen.

Also sollen wir gegen die Massenbeeinflussungsmittel Sturm laufen? Nein, denn dieser Protest wäre zugleich wirkungslos und der Sache unangemessen. Aber wir müssen überlegen, wie man die modernen Formen der Meinungsbildung nutzbar machen kann für die Begegnung zwischen Wählern und Gewählten, für die Diskussion und die von vielen Mitbürgern getragene Meinungsbildung. Ist es nicht naheliegend, die Staatsbürger über den Funk, den Bildschirm und die Zeitungen einzuladen, sich einmal einen persönlichen Eindruck von den Kandidaten zu bilden, die sie wählen können? Aber lassen sich andererseits Presse, Funk und Fernsehen zu diesem Schritt bewegen, wenn die Parteien bei dem bisherigen Stil ihrer Versammlungen bleiben? Das anzunehmen, wäre wohl eine Illusion. Möglich ist es jedoch, daß zum Beispiel die großen Parteien ihre Kandidaten in gemeinsamen Wählerversammlungen miteinander diskutieren lassen. Vielleicht ist es kein Zufall, daß gerade von jungen Menschen diese Anregung in den Wochen des Wahlkampfes oft und vernehmlich vorgebracht wurde.

Möglicherweise liegt hier ein Weg, um die Anonymität in den Beziehungen zwischen den Parteien und den nicht von vornherein festgelegten Wählern zu verbessern und die unpersönliche Form der Meinungsbildung zu überbrücken. Es kann sein, daß man so vielen Menschen das Gefühl nehmen könnte, "die da oben" machten ja doch, was sie wollten. Wenn sie ein politisches Vertrauen zu sich selber gewinnen, dann werden sie auch der Demokratie vertrauen. Sie werden begreifen lernen, daß diese Staatsform mehr als andere etwas mit starken Persönlichkeiten, einer menschlichen Gesinnung und sachlicher Leistung zu tun hat.

USA bleiben hartnäckig

ler - Immer, wenn der Bundeskanzler oder sein Außenminister von einer Reise aus den Vereinigten Staaten zurückkehrten, hielten sie in ihren Reisetaschen das Versprechen einer baldigen Rückgabe der im Kriege von den USA beschlagnahmten deutschen Vermögen an ihre deutschen Besitzer bereit. Das hörte sich gut an. Schon 1953 überraschte der Bundeskanzler die deutsche Öffentlichkeit mit der Versicherung, er habe die Zusage von den verantwortlichen amerikanischen Regierungsstellen erhalten, diese leidige Sache bald aus der Welt zu schaffen. Es handelt sich immerhin um einen Liquidationserlös von rund 400 Millionen Dollar. Noch vor einem Jahr stellte der amerikanische Präsident Eisenhower dem Bundeskanzler Adenauer in Aussicht, dass man bei der Entschädigung des beschlagnahmten deutschen Eigentums der historischen Politik der USA hinsichtlich der Unantastbarkeit privaten Eigentums auch im Kriegsfall Rechnung tragen werde. Eisenhower mag es ehrlich gemeint haben und Adenauer war eine solche erneute Zusage als Wahlhilfe höchst willkommen für den dritten Bundestagswahlkampf.

Heute steht die Bundesregierung mit leeren Händen da und Eisenhower muss einsehen, dass er die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Fall ohne den amerikanischen Kongress, gemacht hat. Die neue Gesetzesvorlage zur Regelung der Kriegsschadensansprüche an Deutschland zieht den Kreis amerikanischer Anspruchsberechtigter viel weiter als ursprünglich beabsichtigt war. Die Erweiterung der Anspruchsberechtigten verringert die Summe, die die ehemaligen Eigentümer zu erwarten hofften. Der bisherige amerikanische Anspruch lag bei 180 Millionen Dollar. Nach dem neuen Gesetz dürfte sich die Summe verdoppeln. Es bleiben also nur etwa 50 Millionen Dollar als Rückzahlung an frühere deutsche Eigentümer übrig, sofern der Kongress nicht - auch das liegt drin - auch noch diesen Betrag für amerikanische Staatsbürger reklamiert.

Die Versteifung der amerikanischen Haltung, die die Bundesregierung besonders peinlich berührt, weil sie von einem ihrer engsten Verbündeten ausgeht, mag viele Ursachen haben. Einer der Gründe ist die Bereitwilligkeit, mit der die Bundesregierung auf die Forderung nach Zahlung von Stationierungskosten für auf deutschem Boden stationierte britische Truppen einging, ein Präzedenzfall übrigens, der Frankreich und auch die USA selbst zur Nachahmung verlockte. Ein anderer Grund ist die Gold- und Devisenfülle der Bundesrepublik, die einen natürlichen Anreiz ausübt und ein dritter mag die Überlegung des State Departments sein, dass, wenn die USA mit der Rückgabe beschlagnahmten deutschen Eigentums ein Beispiel geben, sie sich die Sympathie anderer Staaten verschmerzen. Man denke nur an Frankreich und Grossbritannien, die schon aus innenpolitischen Gründen gar nicht daran denken können, beschlagnahmtes deutsches Eigentum zurückzugeben. Und noch ein vierter: die amerikanische Regierung käme selbst in innenpolitische Schwierigkeiten, müsste sie nun den Nachfolgern der deutschen Eigentumsverhältnisse wieder das abnehmen, was ihnen durch die Beschlagnahmeakte zugesprochen worden ist.

Aus alledem zieht die Bundesregierung wieder einmal den kürzeren, Washington zeigt ihr in dieser Frage die geschlossene Tür.

+ + +

Verantwortlich: Günter Marksheffel

Anhang

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD
am 10. und 12. Juli 1958 in Bonn

Der Parteivorstand der SPD, der am 10. und 12. Juli 1958 in Bonn unter Vorsitz von Erich Ollenhauer tagte, wählte einstimmig den Bundestagsabgeordneten Erwin Schöttle als neuntes Mitglied des Parteipräsidiums. Auf Vorschlag des Präsidiums billigte der Parteivorstand ebenfalls einstimmig die vorläufige Aufteilung der Arbeitsgebiete der Parteispitze: Erich Ollenhauer Aussenpolitik und internationale Verbindungen, Waldemar von Knoeringen Länderfragen, Kultur- und Jugendpolitik und Propaganda, Herbert Wehrer Organisation, Betriebsgruppen und Presse, Alfred Nau Vermögen und Verwaltung, Dr. Heinrich Deist Wirtschaftspolitik, Fritz Erler Wehrfragen, Martha Schanzenbach Frauenbüro und Sozialpolitik. Die nicht dem Präsidium angehörenden Vorstandsmitglieder übernehmen: Willi Eichler Programmgestaltung und Schulpolitik, Max Kukil Vertriebenenreferat und Ostbüro. Nach vollendeter Genesung des Präsidiumsmitgliedes Erwin Schöttle wird der Vorstand die Aufteilung der noch offenstehenden Arbeitsgebiete, wie Finanz- und Steuerpolitik, vornehmen.

Die Vorstandsmitglieder Fritz Steinhoff und Emil Gross gaben eine Analyse des Ergebnisses der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und stellten hierbei übereinstimmend fest, dass überall ein gleichmässiger Aufstieg der SPD in diesem Lande zu verzeichnen sei. Entsprechend ersten Anregungen nach dieser Wahl werden die Parteibezirke in Nordrhein-Westfalen Vorbereitungen zur Bildung einer Landesorganisation treffen.

In der Aussprache über die Aktion "Kampf dem Atomtod" wurde nach einem Bericht des Vorstandsmitgliedes Dr. Walter Menzel einmütig gefordert, die Aktion mit verstärkter Kraft fortzusetzen. Der Parteivorstand billigte in den wesentlichen Punkten die hierzu gegebenen Anregungen.

Bei den Beratungen über die innenpolitische Situation sprach sich der Parteivorstand gegen den zentral gelenkten Versuch aus, alle Landtagswahlen zwischen zwei Bundestagswahlen an einem Tage durchzuführen. An diesen Bestrebungen werde erneut das Bemühen Bonn's bemerkbar, die Länder auf die Bonner Politik gleichzuschalten. Entscheidungen über diese Fragen könnten nicht in Bonn gefällt werden, sondern müssten in der Kompetenz der Länder bleiben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde unter Zugrundelegung mehrerer Berichte die Situation in Frankreich erörtert. Der Parteivorstand gelangte hierbei zu der Auffassung, dass die politische Entwicklung in diesem westlichen Nachbarland mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt werden müsse, da unter Umständen bereits in wenigen Wochen hier Entscheidungen fallen können, die für die Gestaltung der gesamten europäischen Politik von grosser Bedeutung sind. - Als Delegierte der SPD an dem im August in Toulouse stattfindenden Parteitag der spanischen Exilsozialisten werden die Vorstandsmitglieder Alfred Nau und Martha Schanzenbach teilnehmen.

Abschliessend behandelte der Parteivorstand innerorganisatorische Fragen, die sich aus den Beschlüssen des Stuttgarter Parteitages ergaben.